

Demokratie in der Krise? Schulische Demokratieverziehung – ein Gebot der Stunde

**11. Online-Forum der DGBV
am 9. November 2023 von 15 Uhr – 17 Uhr**

Zusammenfassung der Thesen von Herrn Prof. Dr. Klaus Hurrelmann:

1. Das politische Interesse aller Menschen, besonders das junger Menschen, wird von ihren jeweiligen Lebensbedingungen geprägt: Wenn es gelingt, die jeweiligen Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, die sich im Verlaufe der individuellen Entwicklung stellen, wenn Jugendliche und junge Erwachsene sich somit erfolgreich den wichtigsten Anforderungen der psychischen, körperlichen, sozialen und dinglichen Welt stellen, dann sind sie auch in der Lage sich politisch zu bilden. Gelingt also den Heranwachsenden ein erfolgreicher Bildungsprozess im Sinne der Gestaltung des eigenen Lebens im Angesicht von Werten, Kompetenzen und Interessen, dann sind sie auch stärker politisch interessiert. Diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, denen ein erfolgreicher Bildungs- und Entwicklungsprozess nicht gelingt, haben in der Regel ein geringes politisches Interesse und sind überfordert mit komplexen demokratischen Prozessen.
2. Politische Beteiligungsprozesse der jungen Generation schwanken in einer eigensinnigen Weise: Wer in Zeiten der Unsicherheit aufgewachsen ist (vor dem Jahr 2000), hat weniger politisches Interesse als die nach 2000 Geborenen, da sich ab dann die Lebenschancen verbessert haben. Wenn also eine Heranwachsendengeneration geringe Aussicht auf Ausbildung und berufliche Perspektiven hat, dann zieht sie sich zurück; stehen die Chancen gut, dann bringt sie sich ein. Dies gilt für die junge Generation, weniger für die ältere. Man kann sagen: Heranwachsende haben ein seismografisches Gespür für ihre Chancen, weshalb es umso mehr am Bildungshintergrund hängt, ob sich jemand politisch interessiert oder nicht. Insgesamt kann man für ca. 70 Prozent der Heranwachsenden sagen, dass ihnen ihre Bildungsbiografie gelingt.
3. Dadurch ergibt sich unter den Heranwachsenden eine Spaltung in diejenigen mit guten Lebensbedingungen, die demokratisch offen sind, und diejenigen, die das nicht sind. Dieser Effekt hat sich bereits vor Corona gezeigt, wurde aber durch die Pandemie verstärkt. Hinzutritt, dass sich durch Einwanderung, auch die irreguläre, weitere Schwierigkeiten im individuellen Bildungsprozess ergeben können. Allerdings sind sämtliche Entwicklungsaufgaben unter Corona-Bedingungen schwieriger zu bewältigen gewesen. Die Bedeutung der Corona-Pandemie muss deshalb unbedingt ernst genommen werden, denn während der Corona-Pandemie ist die Skepsis der Heranwachsenden massiv gestiegen, dass die Politik ihre Sorgen nicht ernst nimmt. Kinder und Jugendliche haben erfahren müssen, dass alle anderen Bevölkerungsgruppen Unterstützung bekommen haben, ihre eigene Generation dagegen nicht.
4. Mindestens 30, eher 40 Prozent der jungen Generation muss als politisch interessiert eingestuft werden, was ein historisch hoher Wert ist. Sie zeigen soziales Engagement, Beteiligung an Vereinen, Vertretungen, Kirchen und Gemeinden, Foren etc. Eine besondere Rolle spielt die die Umweltbewegung, die ggf. überlagert wird durch Aktuelles. Aber auch in dieser Gruppe

zeigen sich Frustrierte, die unter Corona den Eindruck gewonnen haben, dass sie nicht gehört werden, dass sie ins Leere gelaufen sind. Darum können sie sich nicht vorstellen, sich in das institutionell organisierte Politiksystem, das durch Parteien organisiert wird, einzuklinken.

5. Den Parteien kommt aber angesichts aufgrund der grundgesetzlich verankerten Verfasstheit Deutschlands als repräsentative Demokratie eine Schlüsselrolle zu. Davon sind junge Leute jedoch nicht überzeugt, weil sie sich lieber unmittelbar einbringen möchten. Das heißt, sie setzen eher auf die politische Bewegung, die direkt Einfluss nimmt, mit den Parteien hadern sie dagegen und sind selten zum Eintritt zu bewegen. In ihren Augen tragen Parteien die Handschrift und Strukturen der Älteren, was angesichts des Durchschnittsalters der Mitgliedschaft der beiden Volksparteien von im Durchschnitt 60 Jahren nachvollziehbar ist. Die Parteien selbst unternehmen zu wenig, um auf junge Leute zuzugehen, zumal sie sich deren Kommunikationsbedingungen und -gewohnheiten mit Ausnahme der AfD kaum anpassen.
6. Hinzu tritt die digitale Entwicklung: Junge Leute sind immer weniger in der Lage, digitale Informationen zu dekodieren und auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Darin liegt ein Einfallstor für fehlgeleitete Zugriffe auf bzw. durch den politischen Raum.
7. Mit Blick auf das Bildungssystem lässt sich feststellen: Die Rolle der Schule darf nicht überbewertet werden. Zwar ist sie zentraler Sozialisationsort für Heranwachsende, aber das politische Interesse hängt von den gesamten Lebensbedingungen ab. Schule ist lediglich ein Teil davon. Der Schule kommt aber eine doppelte Schlüsselfunktion mit Blick auf die politische Sozialisation zu: Einerseits muss es darum gehen, frühzeitig in politische Bildungsprozesse einzusteigen und im politischen Unterricht die digitalen Informations- und Vermittlungsprozesse aufzugreifen. Zugleich muss Schule auch ein demokratischer Ort sein, in dem Demokratie erfahrbar wird.
8. Schulen sind somit Lernorte, in denen es nicht nur um die Vermittlung fachlichen Wissens in den Fächern geht, sondern auch um die Vermittlung von Werten, die Einübung demokratischer Regeln des Zusammenlebens. Schule ist somit Instanz für die Prägung des politischen Bewusstseins, weshalb Schule nach demokratischen Gesichtspunkten aufzubauen ist.